

Die Sicherung der Gemeindefinanzen  
Städtetagung in Wien  
=====

Unter dem Vorsitz der Bürgermeister General Dr. Körner, Wien, Dr. Speck, Graz, Dr. Keref, Linz und Dr. Melzer, Innsbruck, fand heute im Wiener Rathaus der dritte Österreichische Städtetag statt. 140 Delegierte aus allen Städten und Grossgemeinden Österreichs waren erschienen. Die Bundesregierung war durch die Minister Dr. Zimmermann, Helmer und Maisel vertreten.

Bürgermeister Körner eröffnete die Tagung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Vizebürgermeister Speiser, der als Obmann der Geschäftsleitung auch im Städtebund viele Jahre an leitender Stelle verdienstvoll gewirkt hat.

Bundesminister für Finanzen, Dr. Zimmermann, begrüßte die Tagung namens der Bundesregierung. Zum Gegenstand der Tagung führte der Minister u.a. aus: "Die Aufgabe, einen Finanzausgleich in der heutigen Zeit zustande zu bringen, ist eine ungeheuer verantwortungsvolle. Wir nehmen Schätzungsziffern an und bauen ein System darauf. Es ist begründlich, dass äusserste Vorsicht am Platze sein musste. Aus diesem Grunde wird der Ausgleich nur für das Jahr 1948 beschlossen. Das Jahr 1948 steht vorerst im Zeichen der kommenden Währungsreform, die eine vollständige Änderung hinsichtlich der Schätzungen bedeutet, die man vorher für das kommende Jahr aufgestellt hat. Das Geld wird nicht mehr so locker in den Taschen der Steuerpflichtigen sitzen, man wird vielmehr dahinter her sein müssen, den öffentlichen Kassen die Gelder, die sie brauchen, einzubringen. Daraus ergibt sich die gebieterische Pflicht aller öffentlichen Verwalter, äusserste Sparsamkeit anzuwenden und alles was derzeit noch da und dort an überflüssigem oder nicht vollauf ausgenütztem Personal einerseits und an zu grossen Sachaufwendungen andererseits noch da und dort besteht, so rasch als möglich zu beseitigen. Wir müssen und weiter klar sein, dass eine Verwaltung nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden kann, wenn sie sich bewusst ist, dass sie fremdes Geld verwaltet und absolute Reinheit der Verwaltung Grundlage sein und bleiben muss. Wir blicken in dieser Hinsicht auf eine alte Tradition zurück und die ganze Beamtenschaft der öffentlichen Körperschaften hat sich da stets ausgezeichnet durch ihre Reinheit. Die Zeiten, die wir durchmachen, tragen Infektionskeime in sich

und wir müssen trachten, all diese Keime abzutöten und nicht auswirken lassen. Der Finanzausgleich bringt den Ländern, Gemeinden und in erster Linie den Städten eine Regelung, die sicherlich ein ausreichendes Einkommen für die Gemeinden bietet. Die Gebarung des Jahres 1948 wird uns zeigen, wo Fehler in der jetzigen Konstruktion sind und daraus werden wir bei der Regelung für die spätere Zukunft lernen müssen. (Starker Beifall.)

Das Hauptreferat über die neue Abgabenteilung und das Finanzverfassungsgesetz hielt der bisherige Finanzreferent der Stadt Wien, Vizebürgermeister Honay. In der zweiten Republik ist es zum ersten Mal gelungen, die Bundesländer und die Gemeinden in ihren Forderungen und Ansprüchen finanzieller Natur gegen den Bund auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Die Initiative zu dieser Zusammenarbeit ist vom Österreichischen Städtebund ausgegangen. In einer gemeinsamen Beratung der Länder und des Städtebundes wurden das grösste und das kleinste Bundesland Österreichs, also Wien und Vorarlberg, beauftragt, je einen Entwurf für ein Abgabenteilungsgesetz auszuarbeiten. Die Entwürfe lagen im Frühjahr 1947 fertig vor, bereits im Mai d. J. konnte ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Länder und Städte dem Finanzministerium zugeleitet werden. Dieser Entwurf sollte eine Einigung der Länder und Gemeinden über die Grundfrage dar, dass die Abgabenteilung durch die Festsetzung gemeinsamer Abgaben, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu teilen sind, erfolgen solle. Auch der Aufteilungsschlüssel dieser gemeinsamen Abgaben wurde einvernehmlich festgesetzt. Ein vom Finanzministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf hat dagegen die Beteiligung der Gemeinden nach dem jetzt noch geltenden reichsdeutschen System mit Schlüsselzuweisungen, und Zuweisungen des Bundes nach Bedarf vorgesehen. In den monatelangen Verhandlungen, die von den Vertretern der Landesregierungen und des Städtebundes mit dem Finanzministerium geführt wurden, ist es gelungen, für die künftige Abgabenteilung das im Entwurf der Länder und Städte vorgesehene Prinzip der gemeinsamen Abgaben und deren Aufteilung auf Bund, Länder und Gemeinden durchzusetzen. Ein weiterer Vorteil für die Gemeinden wurde in den Verhandlungen dadurch erreicht, dass der Hebesatz der Grundsteuer und der Gewerbesteuer von den Gemeinden selbst festgesetzt werden kann.

Die Verhandlungen mit dem Finanzministerium sind am vergangenen Samstag zum Abschluss gebracht worden. Das Abgaben-

teilungsgesetz und das Finanzverfassungsgesetz für 1948 werden schon am kommenden Dienstag dem Ministerrat vorgelegt und sodann im Parlament eingebracht werden. Es ist also zu hoffen, dass noch vor Jahresende der derzeitige Schwebezustand, in dem sich die Finanzen unserer Gemeinden befinden, beendet und eine solide Grundlage für die Budgetierung der Gemeinden geschaffen wird.

Vizebürgermeister Honay sprach namens der Städtevertreter den Landes-Finanzreferenten, die sich um die Einigung zwischen Ländern und Gemeinden bemüht haben, den herzlichsten Dank aus. Insbesondere gebühre dieser Dank dem Finanzreferenten des Landes Salzburg, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schemel, und dem Vertreter des Landes Vorarlberg, Dr. Schneider, die an dem Zustandekommen der neuen Abgabenteilung den grössten Anteil haben. Herzlicher Dank gebühre aber vor allem dem Herrn Finanzminister, der die finanzielle Position des Bundes wohl zäh verteidigt hat, aber doch den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Gemeinden mit grossen Verständnis entgegengekommen ist.

Das mit starkem Beifall aufgenommene Referat wurde nach einer kurzen Rede des Finanzreferenten der Stadt Graz, Bürgermeister-Stellvertreters Aust, der sich mit Detailfragen der Neuordnung befasste, einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Städtetag beschäftigte sich sodann mit Fragen der Sozialversicherung, die sich im Zuge der Pragmatisierung von Gemeindeangestellten oder im Falle ihres Ausscheidens aus dem Gemeindedienst ergeben. Darüber referierte der Magistrats-Direktor der Stadt St. Pölten, Dr. Schinnerl. Schliesslich befasste sich die Tagung mit dem Problem der Finanzierung des Wiederaufbaues in den vom Kriege betroffenen Gemeinden, die durch die Verzögerung einer gesetzlichen Regelung auf das schwerste gefährdet sei. Der Städtetag fasste dazu folgende Entschliessung: (Siehe Beilage)

CARE-Paket-Rummel in "Wien baut auf"  
=====

Heute Sonntag, am letzten Tag von "Wien baut auf", hatte die grosse Ausstellung im Wiener Rathaus noch einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Besonders in den Nachmittagstunden füllten sich die Räume mit vielen Besuchern, die bei der Verlosung von 8 CARE-Paketen dabei sein wollten, für die während der letzten vierzehn Tagen Gratislose an die Ausstellungsgäste ausgegeben wurden. Um 17 Uhr erfolgte die Ziehung, deren Ergebnis vom Leiter der Ausstellung, Gemeinderat Planek, durch die Lautsprecherranlage an die Wartenden bekanntgegeben wurde.

Der 1. Preis, ein ganzes CARE-Paket, entfiel auf die Nummer 905; zwei 2. Preise, je ein halbes CARE-Paket, auf die Nummern 1027 und 8012; vier 3. Preise zu je einem Viertelpaket auf die Nummern 8453, 2156, 8565 und 7059. Weiter wurden 50 Trostpreise zu je einem Zehntelpaket vergeben. Dafür wurden gezogen: 6253, 9405, 5841, 7061, 362, 2559, 8249, 5763, 6089, 3336, 6509, 9472, 442, 9701, 4279, 270, 2313, 3250, 8571, 886, 6939, 6936, 4604, 3460, 9245, 3277, 7378, 8277, 8598, 7818, 6093, 2421, 1231, 1674, 5340, 5317, 9985, 8223, 5858, 1706, 2070, 1725, 3819, 8098, 6042, 6788, 3807, 255, 659, 3705.

Die Preise können bis zum 15. Dezember an allen Wochentagen in der Zeit von 9 bis 13 Uhr im Sekretariat der Ausstellung "Wien baut auf" abgeholt werden.